

Resolution zur E-Card



Die deutsche Sektion der IPPNW/Ärzte in sozialer Verantwortung fordert von der Bundesregierung, das verfehlte Projekt Elektronische Gesundheitskarte endgültig aufzugeben. Insbesondere wenden wir uns entschieden gegen die Absicht, die Ärzte gesetzlich zur Online-Übermittlung der Daten zu verpflichten. Wir fordern die Delegierten des 113. Deutschen Ärztetages in Dresden auf, die weitere Mitarbeit der Ärzteschaft an dem E-Card-Projekt zu verweigern.

Vier Jahre nach dem Termin der Einführung 2006 ist die neue Versichertenkarte noch immer nicht praxisreif, aber 742 Millionen Euro an Beitragsgeldern sind allein 2009 für die 1. Phase des sogenannten „Roll-out“ aus dem Gesundheitsfond ausgegeben, in den die Krankenversicherten für eine gute Gesundheitsversorgung eingezahlt hatten.

Die bisherigen „Test“-Ergebnisse waren niederschmetternd, und die Tests wurden schon 2008 weitgehend eingestellt. Eine kostspielige Neuauflage in Nordrhein wäre unverantwortlich.

Das neue Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Vorratsdatenspeicherung bei Telefondaten widerspricht einem Beharren auch auf dem „weltgrößten IT Projekt“ mit geplanter Vorratsdatenspeicherung aller Kontakte zwischen Ärzten und Patienten und erst recht allen weitergehenden Anwendungen im Rahmen einer Telematikinfrastruktur, wie der Erstellung von E-Rezepten oder „Elektronischen Patientenakten“, die nur verschoben worden sind.

Die jetzt vorgesehene „Online-Stammdatenaktualisierung“ der Versichertendaten am Anmelde-tresen der Arztpraxen und der Speicherung der sensiblen Stammdaten, wie zum Beispiel „Teilnahme am Chronikerprogramm Diabetes oder Brustkrebs“ in einer zentralen Serverstruktur bei privaten „Dienstleisterfirmen“, widerspricht dem Recht der Versicherten auf informationelle Selbstbestimmung durch die Erstellung von Bewegungsprofilen und dem Anspruch der Arztpraxen auf geschützte und praktikable Durchführung ihrer ärztlichen Aufgaben.

Dass in der Schublade von Röslers Ministerium ein Plan für eine Gesetzesänderung liegen soll, nach deren Inhalt die ärztlichen „Verweigerer“ dieser Massenvernetzung des Gesundheitswesens mit völligem Honorarentzug bestraft werden sollen, entsetzt uns und fordert unseren entschiedenen Protest.

Moderne Möglichkeiten der Datenübertragung können auch ohne die aufgezwungene Telematikinfrastruktur mit Totalvernetzung aller Beteiligten im Gesundheitswesen für die ärztliche Versorgung genutzt werden.

Das E-Card-Projekt war von Anfang an geplant, um unser Gesundheitswesen im Sinne einer „Managed-Care“ Industrialisierung nach US Vorbild umzugestalten. Die renditeorientierte Massenabfertigung ist dort bekanntlich gescheitert und ihre Einführung hier wird von uns abgelehnt. Patienten sind keine Kunden, Ärzte keine Dienstleister und das E-Card-Projekt bricht die Schweigepflicht, droht das Solidarprinzip zu untergraben und gefährdet zutiefst das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis!

Verabschiedet am 24. April 2010 in Herford